

Landtagsfraktion Schleswig-Holstein

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Telefon: 0431 / 988 - 1503
Fax: 0431 / 988 - 1501
Mobil: 0172 / 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de
www.sh.gruene-fraktion.de

Nr. 177.09 / 28.04.2009

Flüchtlinge nicht auf Jahre kasernieren

Zur Entscheidung der Landesregierung, die Flüchtlingsunterkunft bis Ende 2009 zu schließen, sagt die sozialpolitische Sprecherin von Bündnis90/Die Grünen,
Angelika Birk:

Im Vorfeld der Entscheidung der Landesregierung, neu angekommene Flüchtlinge und Asylsuchende nur noch an einem Standort, nämlich in Neumünster in der Kaserne, unterzubringen, habe ich mir die beiden bisherigen Standorte Lübeck und Neumünster angesehen.

Es sind Kasernen mit sanitären Anlagen und Einrichtungen in sehr spartanischem, zum Teil kaputtem Zustand. Es leben dort bisher je 250 Menschen allen Alters, die von drei Monaten bis zu Dreieinhalb Jahren in Mehrbettzimmern untergebracht sind, mit Gemeinschaftsverpflegung und einem wöchentlichen Taschengeld von gut 10 Euro, ohne Busticket.

Solange der Aufenthaltsstatus nicht geklärt ist, sind weder reguläre Deutschkurse, noch selbstständiges Leben, Arbeitserlaubnis und Integration in die Gesellschaft vorgesehen. Auch der professionellen Sozialarbeit und der ehrenamtlichen Unterstützung für diese Einwanderungswilligen werden enge Grenzen des Landes und des Bundes gesetzt.

Zusammen mit den Wohlfahrtsverbänden, die sich in der Migrationsarbeit engagieren und dem Flüchtlingsbeauftragten des Landes fordern wir seit langem, dass diese Kriegsflüchtlinge und Asylsuchenden, darunter häufig Familien oder allein reisende Minderjährige nur wenige Wochen in der zentralen Unterkunft verbleiben und dann in ganz normalen Wohnungen überall im Land leben dürfen und dort von SozialarbeiterInnen unterstützt werden.

Derzeit leben über 500 Menschen in den beiden Unterkünften zusammen. Zukünftig soll nur noch Platz für 400 an einem Ort sein. Wir messen die Landesregierung daran, wie schnell sie diesen Menschen eine humanere Wohn- und Lebensalternative erlaubt.
